

Interfraktionelles Postulat BDP/CVP, GLP (Kurt Hirsbrunner, BDP/Michael Köppli, GLP) vom 12. März 2009: Änderungen im Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern (Fondsreglement; FRBW); Fristverlängerung

In der Sitzung vom 3. September 2009 behandelte der Stadtrat die folgende Interfraktionelle Motion BDP/CVP, GLP (Kurt Hirsbrunner, BDP/Michael Köppli, GLP) betreffend Änderungen im Reglement über den Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern (Fondsreglement; FRBW).

Ausgangslage

In nächster Zeit steht die Wahl der sieben vom Stadtrat gewählten Mitglieder der Betriebskommission des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik an (vgl. Art. 7 Abs. 1). Aus aktuellem Anlass und aufgrund der Bekanntgabe der geplanten Sitzverteilung in dieser Betriebskommission auf die Stadtratsparteien, haben sich die Motionäre mit dem Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik näher befasst.

Feststellungen

Im Reglement sind keine Regelungen bezüglich der Zuteilung der Sitze in die Betriebskommission auf die Stadtratsparteien zu finden. Auch eine Amtszeitbeschränkung für die Mitglieder ist nicht festgeschrieben.

Somit werden diese Sitze jeweils mit einem nicht verbindlichen Verteilschlüssel vergeben. Der aktuell geplante führt dazu, dass die politischen Kräfteverhältnisse im Rat überhaupt nicht abgebildet werden und wir werden den Verdacht nicht los, dass der Verteilschlüssel einfach so gewählt wird, dass alle Mitglieder das Amt eine weitere Amtsdauer ausüben können, da ja auch keine zeitliche Beschränkung festgelegt ist. Dieses Vorgehen ist weder transparent noch korrekt.

Die Ziele, welche die Betriebskommission zu erfüllen hat, sind hoch gesteckt und für die Bevölkerung der Stadt Bern von grosser Tragweite und Bedeutung. Daraus ergeben sich auch verantwortungsvolle Aufgaben, die zum Wohl der Stadtbernerinnen und Stadtberner erfüllt werden müssen. Dies wiederum setzt voraus, dass eine Betriebskommission so zusammengestellt wird, dass die politischen Kräfteverhältnisse des Stadtrats möglichst repräsentativ abgebildet werden.

Eine Betriebskommission mit verantwortungsvollen Aufgaben und enormen Kompetenzen braucht zudem hin und wieder eine Blutauffrischung, damit die „blinden Flecken“ nicht zu gross werden.

Der Gemeinderat wird deshalb beauftragt

1. Im Reglement einen Artikel aufzunehmen, welcher detailliert beschreibt, nach welchen Kriterien und nach welchem Verteilschlüssel die sieben vom Stadtrat zu wählenden Mitglieder der Betriebskommission für die Wahl zu nominieren sind, damit die Kräfteverhältnisse im Stadtrat möglichst repräsentativ in diesem Gremium abgebildet sind
2. Im Reglement einen Artikel aufzunehmen, welcher die Amtszeit der sieben vom Stadtrat zu wählenden Mitglieder der Betriebskommission regelt und dies dem Stadtrat zur Genehmigung vorzulegen.

Bern, 12. März 2009

Interfraktionelles Postulat Fraktion BDP/CVP, GLP (Kurt Hirsbrunner, BDP/Michael Köppli, GLP): Thomas Begert, Martin Schneider, Vania Kohli, Claudia Meier, Vinzenz Bartlome, Béatrice Wertli, Edith Leibundgut, Kathrin Bertschy, Claude Grosjean, Henri-Charles Beuchat, Jan Flückiger

Die Motionäre wandelten die Motion in ein Postulat um. Der Stadtrat erklärte das Postulat mit SRB 489 erheblich und verlängerte gleichzeitig die Frist zur Beantwortung des Postulats bis 1. Dezember 2010.

Bericht des Gemeinderats

In seiner ersten Antwort auf den Vorstoss argumentierte der Gemeinderat, dass er eine Zusammenführung von Stadtbauten Bern (StaBe) und Liegenschaftsverwaltung (LV) unter dem Projektnamen Zukünftiges Immobilienmanagement Stadt Bern (ZIMBE) detailliert prüfen lässt und sich in diesem Zusammenhang auch eine Überprüfung des Reglements vom 20. Mai 1984 über die Boden- und Wohnbaupolitik (Fondsreglement; FRBW; SSSB 854.1) anbieten könnte.

Die Arbeiten zum Projekt ZIMBE sind währenddessen weiter fortgeschritten. Der Gemeinderat hat inzwischen einen Vortrag an den Stadtrat und eine Abstimmungsbotschaft (geplant für den Abstimmungstermin vom 15. Mai 2011) verabschiedet. Es geht dem Gemeinderat dabei in erster Linie um einen Grundsatzentscheid der Stimmberechtigten in Bezug auf die Rückführung der StaBe in die Stadtverwaltung. Sowohl dem Stadtrat wie auch den Stimmberechtigten werden dabei vier Organisationsvarianten zur zukünftigen Ausgestaltung des gesamten Immobilienmanagements vorgestellt, die jedoch erst nach einem positiven Grundsatzentscheid detailliert ausgearbeitet werden sollen. In der stadträtlichen Diskussion wurde ausserdem mehrfach darauf hingewiesen, dass aus Effizienzgründen eine vom Projekt ZIMBE losgelöste Volksabstimmung zur Änderung des Fondsreglements als nicht sehr sinnvoll und für den angestrebten Zweck auch als unverhältnismässig zu betrachten wäre. Dieser Meinung schliesst sich der Gemeinderat an.

Der Gemeinderat macht den Stadtrat zudem darauf aufmerksam, dass zurzeit seitens der Verwaltung die Organisationsverordnung zum Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern (Fondsorganisationsverordnung, FBWO) vom 5. Juni 1996 angepasst wird. Der Gemeinderat wird in diesem Zusammenhang prüfen, ob dem Anliegen des Postulats nicht auch auf diesem Wege Rechnung getragen werden könnte.

Antrag

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion BDP/CVP, GLP (Kurt Hirsbrunner, BDP/Michael Köppli, GLP) vom 12. März 2009: Änderungen im Reglement über die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern (Fondsreglement; FRBW); Fristverlängerung.
2. Er gewährt eine Frist zur Vorlage eines Prüfungsberichts bis 1. Dezember 2011.

Bern, 1. Dezember 2010

Der Gemeinderat